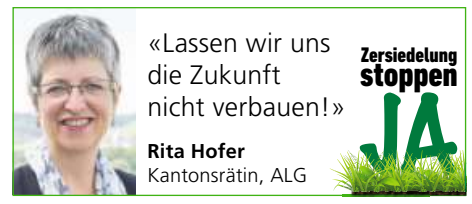
Zug



Denkmalschutz wurde enger gefasst

Zug Der Kantonsrat beriet gestern das Denkmalschutzgesetz in zweiter Lesung. Die Parlamentarier blieben hart und hielten an den meisten in erster Lesung beschlossenen Paragrafen fest – auch an der Alterslimite.

Andrea Muff
andrea.muff@zugerzeitung.ch

In erster Lesung im Oktober wurde das Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) verschärft. Für die zweite Lesung waren einige Anträge eingegangen: Neben den Fraktionen und Kantonsräten taten auch die Regierung und die vorberatende Kommission ihre Wünsche kund. Das Ergebnis der ersten Lesung war eine Verschärfung des Gesetzes, oder wie der neue Direktor des Innern Andreas Hostettler es ausdrückte, «es wurden einige Pflöcke eingeschlagen».

Das in erster Lesung beschlossene Denkmalschutzgesetz wurde mehr oder weniger so übernommen. Bei der Schlussabstimmung hiessen 51 zu 21 Kantonsräte das Gesetz gut. Für ein Behördenreferendum, das die Fraktionen SP und Alternative-die Grüne (ALG) verlangten, wurde das Quorum von einem Drittel – dies entspricht 27 Stimmen – mit 23 zu 49 Stimmen nicht erreicht.

Mit ihren Anträgen versuchten vor allem die Fraktionen SP und ALG, das Denkmalschutzgesetz nochmals umzukrempeln. Hubert Schuler (SP/Hünenberg) votierte bei den Kriterien, wann es sich um ein Denkmal handle, für die Rückkehr zum geltenden Recht: «Mit der Verschärfung dieser Punkte, indem von ‹hoch› auf ‹äusserst hoch› und ‹zwei von drei Kriterien kumuliert› werden sollen, wird der Denkmalschutz, welcher diese Bezeichnung verdient, zerstört.» Die Mehrheit des Kantonsrats hielt am Ergebnis der ersten Lesung fest, demnach gilt neu ein Objekt, als Denkmal, wenn es einen «äusserst hohen wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert aufweist». Dabei müssen neu zwei von drei Kriterien kumulativ erfüllt sein. Diesen Nachtrag wollte Adrian Moos (FDP/Zug) ebenfalls mit seinem Antrag streichen. GLP-Kantonsrat Daniel Stadlin (Zug) äusserte bei dem Passus rechtliche Probleme und stellte die Frage, was denn der Unterschied zwischen sehr hoch und äusserst hoch sei. Er sehe bei diesem Paragrafen Vollzugsprobleme.

Denkmalkommission wurde abgeschafft

Die Diskussion um die Denkmalkommission erlebte noch einmal Aufwind, als Andreas Hausheer (CVP/Steinhausen) beliebt machte, die Kommission bestehen zu lassen und nur anzurufen, wenn der «Schutz-Entscheid» nicht einvernehmlich geschehe. Somit soll an den Aufgaben geschraubt werden. Die Fraktionen SP und ALG wollten die Denkmalkommission so oder so bestehen lassen. Die Parlamentarier schafften sie mit 48 zu 26 Stimmen ab.

Ein weiterer wichtiger Punkt betraf die Alterslimite, wonach «Objekte, die jünger als 70 Jahre alt sind, nicht gegen den Willen der Eigentümerschaft unter Schutz gestellt werden können.» Dies, das Ergebnis der ersten Lesung. Während die Fraktionen SP und ALG sowie die Regierung den Antrag stellten, den Passus ersatzlos zu streichen. FDP-Kantonsrat Adrian Moos votierte für den Zusatz, «sofern die Objekte nicht von regionaler oder nationaler Bedeutung sind». Das Alter beziehe sich auf das Datum der rechtskräftigen Baubewilligung und das massgebende Alter sei jenes zu Beginn des Unterschutzstellungsverfahrens oder zum Zeitpunkt der Einreichung eines Bau- oder Abbruchgesuches durch die Eigentümerschaft. Gemäss Manuel Brandenberg (SVP/Zug), Präsident der vorberatenden Kommission, unterstützt auch diese den Antrag von Moos.

> «Ich habe das Gefühl, damit machen wir eine neue Baustelle auf.»

Anastas Odermatt
ALG-Kantonsrat (Steinhausen)

Peter Letter (FDP/Oberägeri) erklärte im Namen seiner Fraktion, die Ergänzungen als sinnvoll. «Ein Denkmal ist ein Zeitzeuge, braucht also Zeit. Wie lange, darüber gibt es keine Vorgaben», sagte er. Bei der SVP-Fraktion habe sich nichts geändert, erklärte Karl Nussbaumer (Menzingen). Diese unterstütze weiterhin das Ergebnis aus erster Lesung.

Die CVP-Fraktion unterstütze den Antrag, den Absatz ersatzlos zu streichen. Der Antrag von Adrian Moos sei zwar eine Möglichkeit, «allerdings wird die Klassierung in lokale oder regionale Objekte neue Streitpunkte hervorrufen», meinte Hans Baumgartner (CVP/Cham). Anastas Odermatt (ALG/Steinhausen) war ebenfalls mit dem Zusatz von Adrian Moos nicht zufrieden: «Ich habe das Gefühl, damit machen wir eine neue Baustelle auf.» Denn wer bestimme, welches Objekt nationaler oder regionaler Bedeutung sei. Manuel Brandenberg teilte die Bedenken: «Wir schaffen Rechtsunsicherheit.» Zu guter Letzt obsiegte der Antrag von Adrian Moos mit 43 zu 31 Stimmen gegenüber dem Streichungsantrag.

Politik und Wirtschaft fordern schnelle Umsetzung

Steinhausen Vermutlich kommt der Zimmerberg-Basistunnel II in gut 15 Jahren, und auch der Luzerner Durchgangsbahnhof ist projektiert. Doch wie sich bei der Podiumsdiskussion zum Thema zeigte, ist es noch ein weiter Weg für die Zentralschweiz.

Rund 150 Personen hatten sich am Mittwochabend im Gemeindezentrum Dreiklang eingefunden, um auf den neusten Stand zu den zwei wichtigsten längerfristigen Bahn-Infrastrukturprojekten in der Zentralschweiz gebracht zu werden: den Zimmerberg-Basistunnel II zwischen Thalwil und Baar und den Luzerner Durchgangsbahnhof. Mit beidem soll der Viertelstundentakt zwischen Zürich, Zug und Luzern Wirklichkeit werden. Organisiert wurde der Anlass von der Zuger Wirtschaftskammer, dem kantonalen Gewerbeverband und dem Verein Wirtschaftsregion Zugwest.

Die erste Frage von Moderator Jérôme Martinu, Chefredaktor «Luzerner Zeitung» und Regionalausgaben, richtete sich an Peter Hegglin (CVP/ZG), der dort Mitglied ist, wo als Erstes über den Ausbauschritt 2035 der SBB beraten wird, im Ständerat. So wie er es beurteile, werde der Zimmerberg-Basistunnel die nötige Unterstützung erhalten. Und auch bezüglich des Durchgangsbahnhofs zeigt er sich optimistisch: «Der geht in der jetzigen Form ebenfalls durch.» Dieser ist bekanntlich noch nicht explizit im Ausbauschritt 2035 vorgesehen, soll aber wohl bis 2040 realisiert werden. Trotzdem sagt Hegglin: «Man darf den Tag nicht vor dem Abend loben.» Schon 1992 sei man an diesem Punkt gestanden und am Schluss sei doch nicht genug Geld da gewesen. Insgesamt umfasst der Ausbauschritt rund 12 Milliarden Franken. Gerade aus der Westschweiz gebe es aber noch Pläne weitere Projekte zu integrieren, warnt Hegglin.

Die Podiumsteilnehmer (von links): Peter Hegglin (Ständerat), Florian Weber (Regierungsrat), Simon Rohrer (Novartis), Werner Schurter (SBB). Moderiert hat Jérôme Martinu, Chefredaktor Luzerner Zeitung und Regionalausgaben (rechts). Bild: Stefan Kaiser (Steinhausen, 30. Januar 2019)

Auch für Firmen ein Problem

Der neue Zimmerberg-Basistunnel habe nun absolute Priorität. «Die SBB hat es geschafft die Infrastruktur maximal zu nutzen, mehr geht aber nicht.» Es gehe auch um die Sicherheit. «Und ist der jetzige Tunnel blockiert, kommt niemand mehr von Zürich nach Rotkreuz», so der Zuger Ständerat. Die prosperierende Gemeinde Risch-Rotkreuz spielt eine wichtige Rolle in der Tunneldiskussion. Simon Rohrer von Novartis wies darauf hin, dass ein Grund für den Entscheid, den Schweizer Hauptsitz von Bern nach Rotkreuz zu verlegen, auch die Nähe zur Wirtschaftsregion Zürich gewesen sei. «Aber ein Direktzug von Rotkreuz nach Zürich pro Stunde ist einfach zu wenig.» Ob die rund sechs Minuten gewonnene Fahrzeit wirklich so einen Unterschied machen würde, hakte Moderator Martinu nach. «Natürlich klagen wir in der Schweiz auf hohem Niveau.» Aber erst nach Zug zu fahren und dann in den vollbesetzten Zug aus Richtung Italien umsteigen zu müssen, sei schon kein Vergnügen, so Rohrer. Und wie soll die Situation in den 15 Jahren bis zum fertigen Tunnel verbessert werden? Dies wollte aus dem Publikum der Zuger SVP-Kantonsrat Philip C. Brunner wissen. Vereinzelt könne noch für Entlastung gesorgt werden, in grösserem Masse aber nicht mehr, antwortete Werner Schurter, Leiter Regionen bei den SBB. Novartis-Mann Rohrer sieht aber nicht nur die SBB in der Verantwortung. «Auch die Arbeitgeber können etwas beitragen.» So werde bei Novartis etwa auf Mobility Pricing und flexible Arbeitszeiten gesetzt. Denn das Problem seien ja hauptsächlich die Stosszeiten. Und der neue Zuger Baudirektor Florian Weber (FDP) verwies auf das neue Mobilitätskonzept des Kantons, das bis 2021 fertiggestellt sein und diesbezüglich für Entlastung sorgen soll. «In Sachen Mobilitätsmanagement ist Zug Vorreiter», bestätigte daraufhin Werner Schurter.

Zimmerberg light gestorben

Und dann ging es noch ums Geld. Ihm sei aufgefallen, dass in der SBB-Präsentation zum Projekt gestanden sei, dass sich die erwarteten Kosten auf 1,83 Milliarden Franken plus/minus 50 Prozent belaufen würden, stellte Moderator Jérôme Martinu in Richtung von Werner Schurter fest. Er könne trotzdem ruhig schlafen, antwortete dieser. Es sei normal, dass es bei solchen Grossprojekten noch Überraschungen geben könne. Die entsprechende Konzeptstudie läuft noch bis Mitte 2020.

Keine Rolle in der Debatte mehr spielte die Variante Zimmerberg light. Das Komitee hat sich kürzlich aufgelöst, um sich hinter die Lösung der SBB zu stellen. Das noch vorhandene Geld – gemäss des Vorstands einige tausend Franken – soll an Pro Bahn überwiesen werden.

Christopher Gilb
christopher.gilb@zugerzeitung.ch